

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Chancen mit China ergreifen - wirtschaftliche Stärke europäisch nutzen

Wettbewerb sorgt für das Entstehen neuer Märkte, schafft Wachstum und ist somit immer auch Quelle für Fortschritt und Wohlstand. Deutschland und Europa stehen international im Wettbewerb. Die beiden großen Player neben Deutschland in Europa sind die USA und China. Der Anteil der Europäischen Union am weltweiten Außenhandel macht allein 40 Prozent aus. Europa ist mit enormer außenwirtschaftlicher Stärke damit Spitzenreiter unter den Top 3. China hat sich 2017 mit 11,5 Prozent knapp vor den USA mit 11,1 Prozent Anteil am globalen Außenhandel bewegt. Deutschland für sich genommen rangiert weltweit mit 7,3 Prozent im Vergleich der Nationen auf Rang drei. Das deutsch-chinesische Handelsvolumen erreichte zuletzt 187 Milliarden Euro, deutsche Exporte nach China betragen 2017 86 Milliarden Euro, Importe 101 Milliarden Euro. Der Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und China bietet für beide Staaten großes Wachstums- und Wohlstandspotenzial.

Globalisierung und die damit einhergehende Verzahnung der Märkte ist Realität. Deutschland und Europa verfügen über eigenständige wirtschaftliche Stärke und können auf Augenhöhe mit China verhandeln. Angst, Eindämmung und Abschottung gegenüber China sind für Europa der falsche Weg. Von der wirtschaftlichen Entwicklung in China hat Deutschland profitiert und deshalb bleibt es auch in unserem Interesse, die chinesische Entwicklung positiv zu begleiten. Entscheidend für eine langfristig positive Beziehung dabei ist aber, dass Europa die Verteidigung des freien Welthandels und die Einhaltung der Spielregeln der Welthandelsorganisation (WTO) anmahnt. Die Äußerungen der chinesischen Regierung zur Zukunft eines regelbasierten Handelssystems und ihr konkretes Handeln fallen noch zu oft auseinander. Es wird Zeit für unsere Werte offensiv einzutreten mit dem Ziel einer weitergehenden Marktöffnung zwischen Europa und China. Europa muss ein umfangreiches Freihandelsabkommen unter Beachtung menschenrechtlicher Standards mit China verhandeln, um den Marktzugang zu verbessern, aber auch Regeln für geistiges Eigentum und den Umgang mit Subventionen bilateral zu vereinbaren.

Länder konkurrieren und kooperieren oft gleichzeitig miteinander. Deshalb ist die Reduzierung der europäisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen

auf den Systemwettbewerb zwischen freier, sozialer Marktwirtschaft hier gegen die restriktive, gelenkte Staatswirtschaft dort zu kurz ge-griffen. Sie liefert keine Erkenntnisse für eine konstruktive Auseinandersetzung mit den sich rasant verändernden wirtschaftlichen Bedingungen der aufstrebenden Wirtschaftsmacht. Gerade im Hinblick auf das Verhältnis von Deutschland und China kann mit Blick auf die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte festgestellt werden, dass beide Seiten von dem jeweiligen Engagement des Handelspartners profitiert haben. China ist heute Deutschlands größter Handelspartner. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) schätzt, dass rund 900.000 deutsche Arbeitsplätze vom Export nach China abhängen. In China sind rund 5.200 deutsche Unternehmen mit Produktionsstandorten aktiv. 2016 wurden deutsche Direktinvestitionen in Höhe von 76 Mrd. Euro getätigt, während China in Deutschland in Höhe von 68 Mrd. Euro investiert hat. Diese wichtige Handelspartnerschaft wollen wir weiter fördern, ausbauen und zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe entwickeln.

Als China 1978 begann, seine Wirtschaft zu liberalisieren, war es eines der ärmsten Länder der Welt. Heute ist China die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die Volksrepublik ist der weltweit größte Exporteur und der zweitgrößte Importeur. Am Wohlstand gemessen aber rangiert sie auf Platz 80. China ist demnach längst kein Entwicklungsland und auch kein Schwellenland mehr. Es ist ein Land der Gegensätze mit vielen unterschiedlichen Wachstumstreibern und Entwicklungsgeschwindigkeiten, insgesamt aber von herausragender internationaler Bedeutung. Deutschland und die Welt, einschließlich der USA, haben ein großes Interesse an einer stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Volksrepublik China.

Lange Zeit war China die verlängerte Werkbank der Welt. China setzt aber längst nicht mehr auf die reine Produktion von günstigen Konsumwaren und Vorprodukten, sondern tritt zunehmend als Produzent von Gütern der Hochtechnologie auf. Diese Strategie verfolgt die chinesische Regierung gezielt im 13. Fünfjahresplan mit den Initiativen Belt and Road Initiative, Made in China 2025, Health China 2030 und Internet Plus. China strebt als Hightech-Produzent Innovationsführerschaft an. Bereits heute exportiert China mehr High-Tech-Güter als Textilien und Schuhe. China wird damit immer mehr zu einem Wettbewerber in Branchen, die bislang vorrangig von deutschen und anderen westlichen Unternehmen in der Welt vertreten wurden. Dies gilt insbesondere auch für den Anlagen-, Maschinen- und Werkzeugbau, Elektrotechnik, Metallverarbeitung, Fahrzeugbau, Chemieproduktion und Medizintechnik.

Mit der Strategie »Made in China 2025 (MIC 2025)« verfolgt China das Ziel, chinesische Unternehmen in Schlüsselsektoren wie Robotik, Biotechnologie und künstliche Intelligenz weltweit in eine Spitzenposition zu

bringen. Im Wesentlichen verfolgt die chinesische Regierung dies mit drei Mitteln: dem Aufkauf führender Technologieunternehmen im Ausland, der Aneignung von Know-how ausländischer Firmen über deren Markttätigkeit in China sowie die Förderung eigener Unternehmen. Auf europäische Stärke zu setzen, bedeutet als Antwort auf die MIC 2025 konsequent auf Marktwirtschaft zu setzen. China hat Probleme mit überschuldeten und unproduktiven Staatsbetrieben, eine Kopie der chinesischen Planwirtschaft und ein Subventionswettbewerb kann für Europa keine Blaupause sein.

Für eine Mehrheit der international tätigen Unternehmen zählt China zu den TOP 3-Märkten in Hinblick auf Umsatz, Gewinn und Investitionen. Wirtschaftliche Verflechtung und Vernetzung sehen wir als Chance und letztlich als Gewinn an. Unbenommen gibt es auch Hindernisse und Herausforderungen, die wir sehen, thematisieren und ändern wollen. Gegenüber China ist eine offene Haltung gefragt, ohne dabei naiv zu sein.

China ist ein Wettbewerber, der nicht immer nach fairen Regeln spielt. So hält die Einschränkung des Wettbewerbs zulasten nicht-chinesischer Unternehmen durch Marktabschottung und Ungleichbehandlung weiterhin an. Während chinesische Unternehmen bisher einen relativ freien Zugang zum EU-Binnenmarkt genießen, gilt dies umgekehrt nicht in gleichem Maße für ausländische Unternehmen in China. Trotz einiger Reformen bestehen in mehreren Branchen noch immer Investitionsverbote, Beteiligungsobergrenzen oder der Zwang zu Joint-Ventures. Es besteht weiterhin eine hohe Asymmetrie im Marktzugang zwischen China und der EU. China ist kein Entwicklungsland mehr. Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen für beide Seiten, dafür muss China auf unfaire Wettbewerbspraktiken verzichten.

In Schlüsselbranchen greift der chinesische Staat in den Markt ein. Die hierdurch hervorgerufenen Preisverzerrungen ziehen sich durch die gesamte Wertschöpfungskette und führen auch auf den Endproduktmärkten zu verzerrter Preisbildung. Subventioniert der chinesische Staat beispielsweise die Herstellung von Stahl, so führt das nicht nur dazu, dass der Werkstoff günstig auf dem Weltmarkt angeboten werden kann, sondern auch dazu, dass Produkte, die daraus in der Weiterverarbeitung entstehen, beispielsweise Elektrogeräte, zu sehr viel günstigeren Konditionen angeboten werden können. Europäische Produzenten, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen arbeiten, erleiden dadurch einen Wettbewerbsnachteil.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier reagiert mit Abschottung und Plänen für die Schaffung staatlich geschützter Industriechampions zulasten des Mittelstands. Mit der Verschärfung der Außenwirtschaftsverordnung erschwert Altmaier ausländische Investitionen in Deutschland deutlich.

Die Bundesregierung hat die Schwelle, ab der Beteiligungen an sicherheitsrelevanten Unternehmen überprüft und untersagt werden können, von 25 % auf 10 % gesenkt. Kein anderes EU-Land ist derzeit so restriktiv und prüft ausländische Investitionen so intensiv wie der Export- und Industrieweltmeister Deutschland. Dieses Vorgehen halten wir für falsch. Die Verschärfung der Außenwirtschaftsverordnung entmutigt ausländische Investitionen, erhöht aber nicht ihre Wirksamkeit.

Wir wollen, dass Europa gemeinsam Chancen in Hinblick auf China ergreift. Wer die wirtschaftliche wie gesellschaftliche Öffnung von Handelspartnern fordert, muss selbst freiheitlichen Grundsätzen treu bleiben. Wir wollen als Freie Demokraten der Spirale der weltweiten Abschottung der Märkte entgegenwirken und sie nicht weiter verstärken.

Nach der Rangliste des World Economic Forum (WEF) zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit rangiert Deutschland auf Platz drei, China derzeit noch auf Platz 26. Deutschland darf sich aber nicht auf seinem technologischen Vorsprung ausruhen. Wir müssen jetzt unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Weg für Zukunftstechnologien ebnen. Wenn wir die Stärken in Europa weiter ausnutzen und den Wettbewerbsvorteil ausbauen, so ist Deutschland mit Europa gut gerüstet im Wettbewerb der Wirtschaftsmächte.

Welche Chancen Deutschland und Europa ergreifen müssen

Deutschland muss in einem geeinten, freien und selbstbewussten Europa mit seinen Partnern Strategien für eine kraftvolle Außenhandelspolitik, eine strategische Außenpolitik und eine damit verbundene Verteidigungspolitik entwickeln.

Regelbasierten Handel mit China und international stärken

- **Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und China abschließen:** Mit dem Abkommen muss sichergestellt werden, dass europäische Unternehmen in China einen besseren Zugang zu den Märkten erhalten und ausländische Investoren in China nicht weiter diskriminiert werden.
- **Freihandelsabkommen mit China verhandeln: Es wird Zeit für unsere Werte** offensiv einzutreten mit dem Ziel einer weitergehenden Marktöffnung zwischen Europa und China. Europa muss ein umfangreiches Freihandelsabkommen mit China verhandeln, um den Marktzugang unter Beachtung menschenrechtlicher Standards zu verbessern, aber auch Regeln für geistiges Eigentum und den Umgang mit Subventionen bilateral zu vereinbaren.
- **WTO-Übereinkommen einfordern:** Die EU muss den Druck auf China erhöhen, dem in WTO-Beitrittsprotokollen zugesagten Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (Government Procurement Agreement – GPA) endlich beizutreten und damit europäischen Firmen den Zugang zu chinesischen Ausschreibungen gleichgestellt zu ermöglichen.

- **WTO-Reform vorantreiben:** Es muss eine höhere Regeltreue durch stärkere Überwachungs- und Transparenzmechanismen in der WTO durchgesetzt werden und es müssen moderne und offene Regeln unter dem Dach der WTO etabliert werden, um die Chancen des digitalen Handels weltweit besser nutzen zu können. Wir brauchen ein Bekenntnis dafür, dass WTO-Mitglieder entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke multilaterale Verpflichtungen übernehmen und sich nicht länger hinter dem undefinierten Entwicklungsländerstatus verstecken. Die Marktzugänge für kleine- und mittlere Unternehmen weltweit müssen erleichtert werden. Außerdem wollen wir die WTO als zentralen Ort zur Schaffung eines fairen und regelbasierten globalen Welthandelssystems mit einem effektiven System der Streitbeilegung stärken. Dafür halten wir die WTO-Reform für überfällig, um notwendige Regelungen für das 21. Jahrhundert zu schaffen. Der Prozess der Reform der WTO muss transparent und inklusiv sein.
- **CETA-Freihandelsabkommen mit Kanada umgehend ratifizieren:** Kanada steht Deutschland und der EU aufgrund seines liberal marktwirtschaftlich geprägten Wertegerüsts besonders nahe. Umso wichtiger ist deshalb die Vereinfachung und Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen und Kooperationsmöglichkeiten. Seit dem 21. September 2017 wenden sowohl die EU als auch Kanada weite Teile des Abkommens vorläufig an. Diese vorläufige Anwendung gilt nur für jene Bereiche, die unstreitig in der ausschließlichen Zuständigkeit der EU liegen. Da CETA ein gemischtes Abkommen ist, muss es von sämtlichen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden, damit es vollständig in Kraft treten kann. Gegenwärtig haben bereits Spanien, Portugal, Dänemark, Lettland, Estland, Tschechien, Kroatien und Malta dem Abkommen vollumfänglich zugestimmt. Deutschland sollte hier als erfolgreiche Exportnation nicht länger auf sich warten lassen und das CETA-Abkommen ratifizieren. Dadurch, dass das CETA-Abkommen noch nicht ratifiziert ist und damit noch nicht vollständig angewendet werden kann, bleibt der Umfang des Warenaustauschs trotz neuer Dynamik in den Handelsbeziehungen hinter den Möglichkeiten beider Volkswirtschaften zurück.
- **Freihandelsabkommen vorantreiben:** Insbesondere mit Ländern wie Australien oder Neuseeland, die die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Werte der EU teilen, muss der Abschluss von Freihandelsabkommen und damit der Abbau von Handelshemmnissen und Barrieren schneller vorangetrieben werden. Wir müssen uns stärker mit offenen, liberal geprägten Marktwirtschaften koordinieren. Dazu gehören auch die USA, mit denen die EU ein Industriegüterabkommen zügig verhandeln muss. Freier Handel und Menschenrechte gehören zusammen: Aus Werten entstehen Regeln und globale Standards. Wir müssen einen breiten politischen Dialog führen, um die Transparenz und Akzeptanz für Handelsabkommen zu erhöhen. Wir wollen aktiv von den Vorteilen und der Bedeutung von Freihandelsabkommen überzeugen.

Investitionen in Europa stärken

- **Kooperationspotenzial bei der Entwicklung von Innovationen nutzen:** Europa muss den Anspruch haben, der führende Kontinent der Innovationen zu werden. Denn Innovation ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Wir dürfen der digitalen Transformation nicht mehr nur von den Seitenlinien aus zusehen. Alles wird globaler, individualisierter, vernetzter. Für die Zukunft braucht Europa jetzt die richtigen Ideen, um weltweit eine Spitzenposition einzunehmen. Dies setzt die bestmögliche kommunikative Infrastruktur nicht nur in Ballungszentren, sondern auch in ländlichen Räumen voraus. Innereuropäische Kooperationen bei Forschung und Entwicklung bieten Potenzial sowohl für kreative Ideen als auch für Investitionen. Gründungen wie die **Agentur für Innovationen in der Cybersicherheit (ADIC)** sind ein Beispiel dafür, wie Innovationsförderung etwa im Bereich Cybersicherheit aussehen kann. So könnte auch in anderen Bereichen die Bündelung von Ressourcen für Forschungsvorhaben zielführende Ergebnisse liefern.
- **Umgang mit der Belt and Road Initiative/Initiative „Neue Seidenstraße“:** Die 2013 von Staatspräsident Xi Jinping ins Leben gerufene Belt and Road Initiative ist eine groß angelegte ökonomische, geopolitische und diplomatische Initiative. China verfolgt damit das Ziel, die Weltwirtschaft wieder stärker nach Eurasien zu verlagern und so seinen politischen Einfluss nicht nur nach Osten in den pazifischen Raum, sondern auch nach Westen auszudehnen. Europa kann von dieser Verlagerung profitieren, indem es neue Wachstumspotenziale im Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika durch dessen Erschließung hebt und gleichzeitig seine innerkontinentale Infrastruktur erneuert und ausbaut. Dabei darf sich Europa aber nicht auseinander dividieren lassen. Initiativen wie das „16+1“-Format lehnen wir daher ab, da sie die Geschlossenheit der EU untergraben. Nur wenn es geschlossen auftritt, kann Europa sich zu einem relevanten, ausgleichenden Akteur in der sich verschärfenden Auseinandersetzung zwischen China und den USA entwickeln.
- **Investitionen transparent ermöglichen:** Wir Freien Demokraten fordern, die **Verlässlichkeit des Prüfverfahrens bei ausländischen Beteiligungen** deutlich zu verbessern. Dazu brauchen wir eine transparentere und präzisere Definition dessen, was unter „nationaler Sicherheit und Ordnung“ im Kontext ausländischer Direktinvestitionen zu verstehen ist. Eine willkürliche Absenkung der Prüfschwelle führt lediglich zu einer massiven Ausweitung der Prüffälle, Bearbeitungsstaus und **zusätzlicher Bürokratie**. Bei Direktinvestitionen brauchen wir vor allem größere Transparenz, zum Beispiel durch die Offenlegung der Eigentümerverhältnisse, Unternehmensbilanzen nach internationalen Standards und Kreditverflechtungen. Das Wettbewerbsrecht bietet hier die richtigen Ansatzpunkte, nicht die Außenwirtschaftsverordnung.

- **Erhöhung der Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung:** Wenn Deutschland und Europa konkurrenzfähig bleiben wollen, muss die Innovationsfähigkeit gestärkt werden. Hierfür ist einerseits Bildung, Forschung und Entwicklung der Schlüssel, andererseits die Schaffung eines gründer- und unternehmerfreundlichen Umfeldes. Die Fraktion der Freien Demokraten will eine technologieoffene, rechtssichere und bürokratiearme steuerliche Forschungsförderung für alle Unternehmen mit dem Fokus auf KMU einführen, wie sie im Antrag „Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung“ auf der Drucksache 19/3175 formuliert und in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Dadurch sollen die Unternehmen in Deutschland einen bestimmten Prozentsatz ihrer Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Steuergutschrift (Forschungsprämie) erhalten. **Forschung** und Innovationen werden also indirekt über das Steuersystem gefördert. Denn die Stärke unserer Wirtschaft liegt in der Innovationskraft der Unternehmen, in Spitzentechnologien, -produkten und -dienstleistungen - gerade im digitalen Zeitalter.
- **Erhöhung der Investitionen in Infrastruktur und Zukunftstechnologien:** Um auch weiterhin wirtschaftlich konkurrenzfähig zu sein, müssen Deutschland und Europa beim Ausbau der digitalen Infrastruktur vorankommen. Hochleistungsfähige Netze in den Städten und auf dem Land sind die Voraussetzung dafür, um bei der Digitalisierung mit anderen Regionen der Welt schritthalten zu können und Innovationen hervorzubringen. Gerade Deutschland hinkt beim Ausbau der Breitbandversorgung hinterher und lässt vor allem mittelständische Unternehmen, die in Konkurrenz zu chinesischen Mitbewerbern stehen und in den meisten Fällen in ländlichen Regionen zu finden sind, oftmals im Regen stehen. Stattdessen braucht es einen europaweiten Glasfaserausbau, der die Rückständigkeit bei der digitalen Infrastruktur schnellstmöglich beseitigt. Der Aufbruch in das Zeitalter mobiler Daten und Industrie 4.0-Anwendungen kann nur mit einer zügigen flächendeckenden Versorgung mit 5G gelingen. Dafür sollten auch Mittel aus dem europäischen Haushalt dort unterstützend eingesetzt werden, wo nationale Anstrengungen nicht ausreichen.
- **Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen:** Zielführende Maßnahmen dafür sind der Abbau bürokratischer Hürden bei der Zollabfertigung, eine sinnvolle Harmonisierung von Standards, die gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungen, maßgeschneiderte Unterstützung bei der Erfüllung rechtlicher Auflagen sowie eine zentrale Anlaufstelle für europäische KMU („one-stop-shop“).
- **Digitaler Binnenmarkt:** Wir wollen den europäischen digitalen Binnenmarkt. Denn laut Schätzung der Europäischen Kommission könnten dadurch jährlich 415 Milliarden Euro erwirtschaftet werden und Hunderttausende neue Arbeitsplätze in Europa entstehen. Allerdings gibt es, anders als wir es in Europa bei Waren, Dienstleistungen

und Kapital gewohnt sind, im digitalen Bereich Hindernisse beim Grenzübertritt. Die Mitgliedstaaten haben alle ihren eigenen digitalen Markt mit unterschiedlichen Regulierungen. Das wollen wir ändern, indem wir regulierungsbedingte Barrieren abbauen werden, ohne darüber den Grundsatz der Vertragsfreiheit bzw. des Marktortprinzips infrage zu stellen. In einem gemeinsamen Binnenmarkt kann es zum Beispiel keine Rolle spielen, von welchem Ort aus Verbraucher auf Internetseiten zugreifen, um beispielsweise ein Hotel für den Urlaub zu buchen oder in einem Online-Shop einzukaufen. Durch ungerechtfertigte Zugangssperren werden Barrieren im digitalen Binnenmarkt errichtet.

Europa politisch und wirtschaftlich stärken

- **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit:** Im Wettbewerb mit China kommt es darauf an, die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und vor allem den Schutzmechanismus der EU vor unfairem Wettbewerb zu verbessern. Wir brauchen eine strengere Subventionskontrolle innerhalb Europas. Eine europäische Ministererlaubnis, um Entscheidungen der EU Generaldirektion Wettbewerb zu überstimmen, lehnen wir ab. Wir wollen das EU-Beihilferecht auf Subventionen außerhalb der EU anwenden und einen weltweiten Subventionswettbewerb verhindern. Anstatt auf Großunternehmen und Marktkonzentration zu setzen und dadurch systemische Risiken aufzubauen (Stichwort: „too big to fail“) müssen wir Risiken erkennen und abbauen. Deshalb brauchen wir einen Mechanismus für die Bewertung allgemeiner systemischer Risiken, die uns vor planwirtschaftlichen Großprojekten schützen soll. Anstelle nationaler Sonderwege wollen wir das europäische EU-Beihilferecht und die Anti-Subventionsinstrumente schärfen und die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft in WTO, G7, G20 und OECD weiterentwickeln.
- **Deutsch-französische Zusammenarbeit stärken:** Deutschland und Frankreich müssen in Europa durch Vorbild führen. Europa kann nur mit starker Stimme gegenüber China und den USA auftreten, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam vorgehen. Sie müssen sich dafür einsetzen, dass die EU-Mitgliedstaaten in Handelsfragen mit einer Stimme sprechen. Im Mittelpunkt müssen dabei der Abbau von Handelshemmnissen sowie der Abschluss und die Ratifizierung von Freihandelsabkommen stehen – etwa die Ratifizierung von CETA durch den Deutschen Bundestag und die Assemblée Nationale. In Zeiten wachsender Fliehkräfte braucht das europäische Projekt das deutsch-französische Tandem mehr denn je.

Ansprechpartner:

Sandra Weeser MdB, Obfrau im Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Telefon: 030 227 - 79400 – E-Mail: sandra.weeser@bundestag.de